

**Eines wurde durch die letzten Krisen klar:**

**sie fördern den Resilienzwillen der Europäischen Union und ganz Europas.**

Es kommt einem vor, als wäre es ewig her – dabei sind gerade mal vier Jahre vergangen, seit im Dezember 2019 die neue Europäische Kommission die Amtsgeschäfte übernahm.

Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verbreitete damals Aufbruchstimmung und stellte gleich zu Beginn einen Vorschlag für einen European Green Deal vor, der den Grünen Mitgliedern ziemlich bekannt vorkam, weil schon 2011 von den europäischen Grünen mit dem „Green New Deal“ ein sehr ähnliches Programm vorgelegt wurde (<https://www.greens-efa.eu/de/artikel/document/the-green-new-deal>). Dieser ließ sich damals so zusammenfassen: „Mit grünen Projekten schwarze Zahlen schreiben auf der Basis der 17 SDGs!“

Acht Jahre nach den Grünen im Europaparlament kommt also eine konservative Politikerin, die sich mit ihrem mutigen Vorschlag 2019 auch als sehr weitsichtig bewähren sollte.

In diesen vier Jahren ist die Welt zwar eine andere geworden, die Ziele des Green Deals aber umso wichtiger.

Nur wenige Wochen nach der Vorstellung des Green Deal brach die Corona-Pandemie aus, die Europa vor erhebliche wirtschaftliche und politische Herausforderungen gestellt hat.

Und, man mag kaum an Zufall glauben, das gleiche Schicksal ereilte die deutsche Bundesregierung, die kurz nach der Amtsübernahme tatkräftige Anstrengungen für Klimaschutz und somit gegen den weiteren Kauf fossiler Energien, sowie für den EU Green Deal kündigte.

Dann brach der Krieg im Februar 2022 in Europa los.

Dieser Angriff Russlands auf die Ukraine ist auch ein Krieg um fossile Energien. Mit fatalen Folgen – neben dem unermesslichen Leid für die Ukraine:

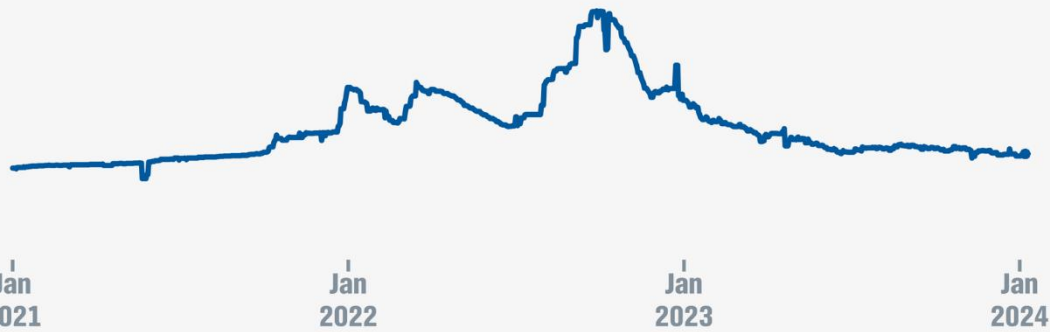
Die Preise für fossile Energien explodierten, mit ihnen die Inflation und die volkswirtschaftlichen Kosten für ganz Europa.

Nun rächte sich, dass wir zu lange an fossilen Energien festgehalten und das Energiesparen sträflich vernachlässigt haben.

Wir zahlen nun den Preis der verschleppten und zum Teil auf nationalen Ebenen auch aktiv verhinderten Energiewende.

Wir holen aber auch in einem sehr guten Tempo auf, wenn man die Energiepreisentwicklung der vergangenen Monate betrachtet. Lag der Strompreis an den Strombörsen Anfang 2023 noch bei fast 130 EUR/Mwh befinden wir uns Ende 2023 bei unter 70 EUR/Mwh in Deutschland.

# Strompreis aktuell: **27,8 Cent**



Stand: 07.01.2024

Grafik von NDR.

[https://www.agora-energiewende.de/daten-tools/agorameter/chart/today/power\\_price\\_emission/01.01.2023/31.12.2023/monthly](https://www.agora-energiewende.de/daten-tools/agorameter/chart/today/power_price_emission/01.01.2023/31.12.2023/monthly)

Doch auch wenn die Welt eine andere geworden ist, der europäische Green Deal ist als europäischer Klimapakt weiterhin der bisher plausibelste Ausweg aus der menschengemachten Klimakrise.

Es gilt ihn nun so zu nutzen, um einerseits diese Erde zu retten und andererseits in Europa unabhängiger von autokratischen Regimen zu werden.

Und dabei denke ich nicht nur an Russland, sondern auch an China und die Länder auf der arabischen Halbinsel.

Ziel dieses Klimapakets (<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/green-deal/fit-for-55-the-eu-plan-for-a-green-transition/#package>) ist es ja vor allem, die europäische Wirtschaft so umzubauen, dass im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist.

Die Frage der Energiegewinnung ist dabei der zentrale Angelpunkt und im Einklang v.a. mit dem SDG 7, SDG 12, SDG 13 und SDG 16.

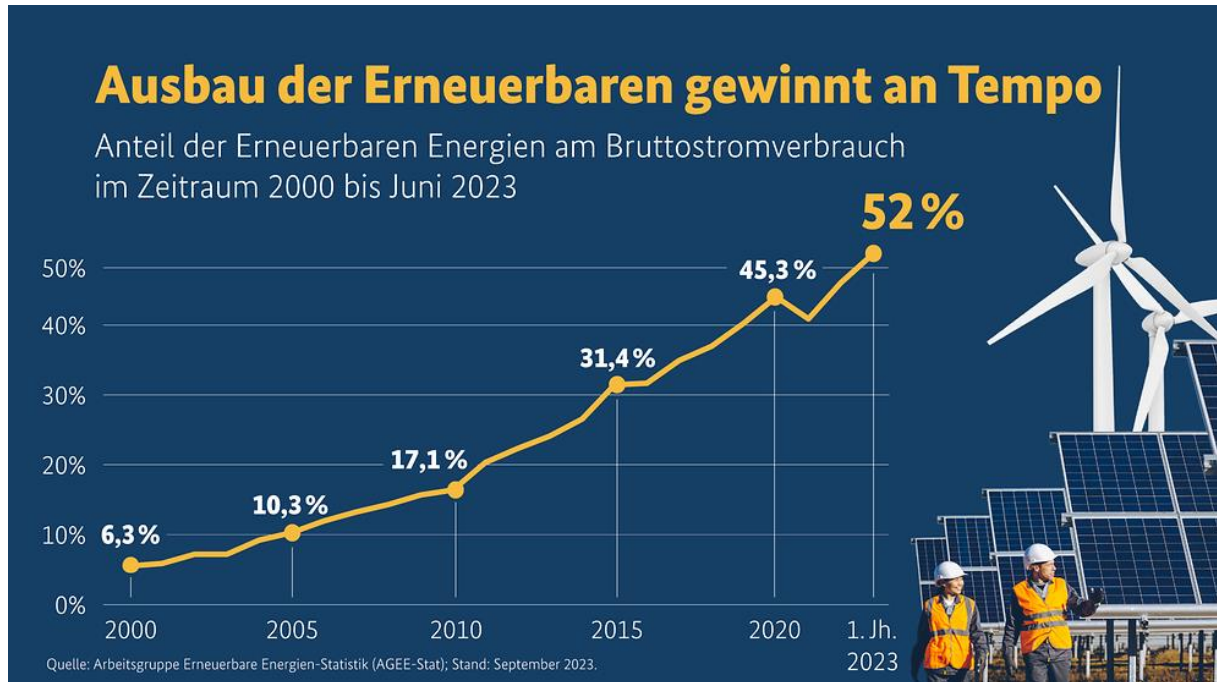
Damit ist der Green Deal ein umfassendes Programm für eine nachhaltige Transformation des Wirtschaftens und kann uns in der jetzigen Krise auch helfen, fossile Abhängigkeiten schnell zu lösen.

Das formulierte Klimaziel 2050 bedeutet nichts anderes, als möglichst schnell den Verbrauch fossiler Energien zu senken.

Und damit ebenso die Erdöl- und Gas-Importe aus Russland oder anderen Unrechtsregimen auf Null herunterzufahren.

Insofern hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine ein katalytische Wirkung auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland und in verzögerter Weise auch auf die Europäische Union.

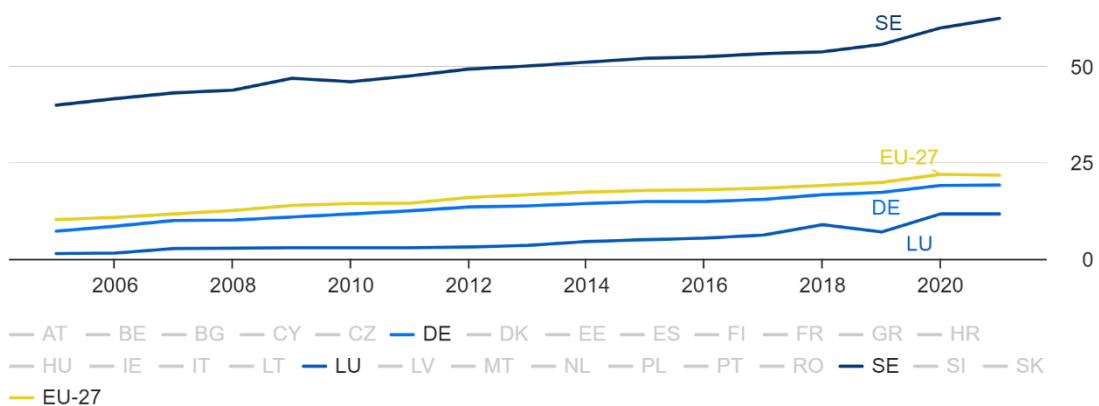
In Deutschland:



In der EU:

#### Erneuerbare Energien

Anteil am Bruttoendenergieverbrauch in %



Quelle: Eurostat

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

## Europäischer Grüner Deal und internationale Klimapolitik

Von der Leyen legte bei einer ihrer letzten Reden zum European Green Deal ([Europäische Grüne Deal](#)) den Fokus auf Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft, nicht leider nicht auf die Umsetzung bestehender Gesetze oder gar auf neue Gesetzesvorschläge für den Klimaschutz. Offenbar ist der Lobbydruck der Wirtschaft enorm und andererseits verlor sie in den vergangenen Jahren zunehmend den Rückhalt in der EVP, gewann aber immer mehr Zustimmung bei Grünen und SP.

Keine Erwähnung fand sie zum Beispiel für die Kreislaufwirtschaft, der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus CBAM oder die Ergebnisse der COP28 und internationale Klimabemühungen der EU.

Die Verkündung eines neuen CO<sub>2</sub>-Reduktionsziels für 2040 – aktuell geplant für Anfang 2024 – wäre ein wichtiges klimapolitisches Signal der Kommission gewesen.

Wer konkrete Pläne erwartet hatte, wie im kommenden Jahr die Klima- und Energieziele der EU für 2040 ausgestaltet werden, wurde also von der Kommissionspräsidentin enttäuscht.

Eine detailliertere Strategie für ein 100% erneuerbares Europa fehlt bisher.

Von der Leyen plädierte Ende vergangenen Jahres dafür, die gebündelte Marktmacht der EU nicht nur auf den globalen Erdgasmärkten einzusetzen, sondern auch für Importe von Wasserstoff.

Dieser soll natürlich aus Grüner Sicht ausschließlich aus erneuerbaren Energien hergestellt werden, doch ist heute schon klar, dass es hierfür in Europa nicht genügend Produktionen geben wird.

Das bedeutet wiederum Importe aus Regionen, die über viel **Wind, Sonne und Wasser** verfügen, was sie eben **alles** für grünen Wasserstoff benötigen.

Deutschland hat zum Beispiel bereits entsprechende Verträge mit Namibia und Neuseeland.

Ohne die klare Einhaltung der UN- Nachhaltigkeitskriterien besteht hier allerdings die Gefahr, dass die EU die Fehler fossiler Brennstoffimporte wiederholt und neue Abhängigkeiten oder/und einen energetischen Neokolonialismus schafft.

Von der Leyen hatte im 2023 zunehmend mehr die energiewirtschaftlichen Risiken für EU- Unternehmen im Blick, als die Gefahren des Klimawandels, der durch die massiven Überschwemmungen in ganz Norddeutschland im Januar oder die Gletscherschmelzen in den Alpen nur ansatzweise deutlich macht, welche wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Klimawandel in Zukunft uns alle bringen wird.

Es wurde vom eigentlichen Problem abgelenkt durch Pläne der Kommissionspräsidentin von Wasserstoffpipelines und Stromnetzen in der Golfregion.

Viel zentraler wäre der dringende Netzausbau bei **Stromtrassen** und **nach** dessen Realisierung auch die Wasserstoffpipelines in Europa zu priorisieren.

Am Beispiel Deutschland – Schweiz sehen Sie das besonders drastisch, weil eine leistungsfähige Stromleitung von Nord- nach Süddeutschland fehlt:

Wenn v.a. während des Winters in Norddeutschland zu viel Wind weht, so dass der Strom dort nicht verbraucht werden kann, dann muss Süddeutschland im Durchschnitt 8 Terrawattstunden Strom in den Wintermonaten aus der Schweiz einkaufen, um die Spannung von 50 Hertz im Stromnetz zu gewährleisten.

Umgekehrt exportiert Deutschland Strom vor allem von Mai bis September in die Schweiz in Höhe von 7 Terrawattstunden.

(Quelle: [https://www.energy-charts.info/charts/import\\_export/chart.htm?l=de&c=DE&year=2023](https://www.energy-charts.info/charts/import_export/chart.htm?l=de&c=DE&year=2023))

### **Wirtschafts- und Sozialpolitik im Green Deal**

Im Rahmen des neuen Klima-Sozialfonds werden 65 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt und insgesamt mehr als 86 Mrd. EUR für die Unterstützung der finanziell schwächsten Bürger/innen und kleiner Unternehmen beim ökologischen Wandel bereitgestellt. Hier werden v.a. die SDG 1, SDG 2 und SDG 7 avisiert.

So wird der Wandel durch die Bekämpfung von Ungleichheit und Energiearmut, sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen Chancen für alle bieten und dabei niemanden zurücklassen.

Von der Leyens kürzliche Ankündigung, einen Beauftragten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu benennen und neue Dialogplattformen zwischen der EU-Kommission und Industriesektoren zu schaffen, ist wichtig und berücksichtigt dabei die Erfüllung des SDG 9.

Hier müssen sowohl Transparenz als auch die Einbindung aller Sozialpartner und der Zivilgesellschaft sichergestellt werden.

Unklar ist bis heute, wie man mit Subventionsprogrammen auch in anderen Ländern, zum Beispiel den USA mit dem Inflation Reduction Act (IRA), umgehen möchte — ein Thema, das zahlreiche Sektoren umtreibt, vor allem im Bereich grüner Technologien.

Neben Bürokratieabbau will die Kommission vor allem den Fachkräftemangel in Europa angehen und damit für SDG 8 und SDG 9 gute Rahmenbedingungen schaffen.

Die Kommission hat die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten erkannt— 8 Millionen junge Europäer\*innen sind weder in Ausbildung noch haben sie Arbeit.

Jugendarbeitslosigkeit ist eine strukturelle Ungleichheit in der EU, während Deutschland beispielsweise eine niedrige Quote mit 5,6% verzeichnet, hat Spanien einen Anteil von 27%. Alleine in Baden-Württemberg blieben im vergangenen Jahr 12.000 Ausbildungsplätze unbesetzt.

Da es aber bisher leider auf europäischer Ebene an konkreten Konzepten fehlt, wie diese strukturellen Ungleichheiten überwunden werden können, sind die Erwartungen an einen neuen für 2024 angekündigten [Sozialgipfel in Val Duchesse](#) hoch.

## **Nur ein verlässlicher Rahmen ermutigt für Investitionen in die emissionsfreie Wirtschaft**

In ihrem Klimazielplan (Climate Target Plan) hat die Europäische Kommission Mitte September 2020 ein Klimaziel für 2030 von 55 Prozent gegenüber 1990 vorgeschlagen, das in das Klimagesetz aufgenommen wurde.

In diesem sogenannten "Fit-for-55"-Programm der EU werden zahlreiche neue Gesetzesvorhaben geschaffen und ältere Verordnungen und Richtlinien klimagerechter geändert.

### **Alle mit dem Ziel, um die Emissionsminderungsziele zu erreichen!**

Dazu gehören die Reform des EU-Emissionshandels (Emissions Trading System, kurz ETS), der neue CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism, kurz CBAM), der Klimasozialfonds, die neuen CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte im Verkehr, die vollständige Einbeziehung des Schiff- und Luftverkehrs in den Emissionshandel, die nationalen Klimaziele laut Lastenteilungsverordnung und die Ziele für den Landnutzungssektor (Land Use, Land-Use Change and Forestry, kurz LULUCF).

Dabei geht es vor allem darum, verlässliche politische Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ausreichende Investitionen in emissionsfreie Wirtschafts- und Produktionsprozesse getätigt werden können.

Zur Finanzierung des European Green Deals sollen nach Ankündigung der Europäischen Kommission bis 2030 eine Billion, also 1.000 Milliarden Euro, mobilisiert werden. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt der Schweiz beträgt rund 90 Milliarden, jener von Baden-Württemberg 60 Milliarden pro Jahr.

Nun ist es dringender denn je, Gelder für die Abkehr von fossiler Energie bereitzustellen. Dies strebt die EU an und hat dazu den REPowerEU-Plan ausgerufen, der vor allem den schnelleren Ausbau von sogenannten sauberen Energien vorsieht, die Industrie unterstützt, um von Gas und Kohle wegzukommen, aber auch das Energiesparen forcieren will.

Dafür sollen nochmals 100 Milliarden Euro pro Jahr ausgegeben werden.

All dies sind Schritte in die richtige Richtung. Fatal wäre es nun, angesichts der Pandemie und des Krieges in der Ukraine Anstrengungen für eine schnelle Abkehr von fossilen Energien aufzugeben oder wieder einmal zu verschieben, wie es oft in vergangenen Krisen der Fall war und durch einen Rechtsruck in der EU-Kommission nach 2024 möglich wäre.

Es darf nicht wieder heißen: "Jetzt erst einmal nicht", sondern es muss heißen: "Jetzt erst recht für eine europäische Energieunabhängigkeit und für einen effizienten Kampf gegen den Klimawandel!"

Zudem ist es eine richtige und notwendige Entscheidung der EU, künftig kein Öl und Gas mehr aus Russland kaufen zu wollen.

Auch Deutschland muss mitziehen und sollte nicht die nächsten unnötigen fossilen Infrastrukturabhängigkeiten schaffen.

So kann der Bau neuer Flüssiggasterminals in Deutschland die Abhängigkeit vom fossilen Erdgas über Jahrzehnte fördern und widerspricht eigentlich den EU-Zielen.

Nachhaltiger wäre es, für ein paar Jahre auf mehr **schwimmende** Terminals zu setzen (bisher fünf in D) und zeitgleich die erneuerbaren Energien deutlich stärker auszubauen.

Durch die Drucksituation nach Kriegsbeginn sah die aktuelle Bundesregierung aber offenbar keinen anderen Weg, auch über Küsten-Flüssiggasterminals an bisher drei Seehäfen hohe langfristige Investitionen zu tätigen.

### **Mittelfristig geht es um mehr regionale Wertschöpfung und zukunftsfähige Jobs**

Der EU-Green-Deal, das "Fit-for-55"- und das REPowerEU-Programm lassen nur einen Weg zum Ziel zu: dass nun endlich und ausschließlich in erneuerbare Energien, die Energieeffizienz und in das Energiesparen investiert wird.

Mit stark steigenden fossilen Energiepreisen wird die Umsetzung zunächst ein Kraftakt, da zum einen die Ziele im Auge behalten werden müssen und zum anderen die **schwächeren Länder, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft** nicht überfordert werden dürfen.

Langfristig aber wird die Abkehr von fossilen Energien die Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft stärken und damit auch die volkswirtschaftliche Resilienz.

Denn der Green Deal schafft Wertschöpfung und zukunftsfähige Jobs **in Europa**, vor allem im Bereich erneuerbarer Energien, Energieeffizienz, Elektromobilität, Digitalisierung und emissionsfreier Industrie. Zudem helfen Green Deal und Co. mit ihrer konsequenten Abkehr von fossilen Energieträgern, künftige geopolitische Krisen und Kriege durch mehr Unabhängigkeit zu vermeiden - und stärken somit Demokratie und Frieden im Sinne des SDG 16.

### **Genau darum muss es gehen.**

Wir wissen alle nicht, wie die europäischen Wahlen 2024 ausgehen werden, welche Kommission sich danach bilden wird und wie sich das neu gewählte europäische Parlament zusammensetzen wird.

Die Wahlen in Polen Ende 2023 haben gezeigt, dass durch eine Mobilisierung **aller** Wählerinnen und Wähler extremistische Haltungen zurückgedrängt werden können.

Das könnte eine Strategie auch für uns in der ganzen EU darstellen.

Doch selbst, wenn es starke politische Verschiebungen geben würde, ähnelt die EU in Puncto Geschwindigkeit von politischen Prozessen stark der Schweiz.

Alles braucht seine Zeit.

Viele, aber nicht alle Rechtsakte im Hinblick auf den Green Deal wurden in den vergangenen Jahren 1. Meist lange verhandelt, 2. in den sogenannten Trilogon dann irgendwann Einvernehmen zwischen Rat (also den Mitgliedsstaaten) und Parlament erzielt und 3. Danach formell angenommen.

Dann wurden sie rechtskräftig und müssen in allen 27 Mitgliedsstaaten in nationalstaatliches Recht, zum Teil mit Übergangszeiträumen, umgesetzt werden.

Das dauert seine Zeit – aber auch diese Entscheidungen zurückzunehmen würde Zeit brauchen.

Und der Europäische Rat nimmt immer eine ausgleichende Funktion im Gesamtgefüge der europäischen Institutionen wahr.

Das bedeutet, dass selbst bei starken politischen Verwerfungen nach dem 9.6.2024 die Schweiz und die EU nicht mit schnellen Veränderungen auf diesem eingeschlagenen politischen Weg des Green Deals rechnen müssen.

Vielmehr bin ich der Überzeugung, dass letztlich die Wirtschaftlichkeit von erneuerbaren Energien über kurz oder lang alle europäischen Staaten dazu bringen wird von fossilen Energieträgern und Atomstrom auszustiegen.

Die Gestehungskosten bei neuen Anlagen von 1kwh Atomstrom liegen zur Zeit bei ca. 18 cent, während Windenergie höchstens 4 cent pro kwh in der Herstellung kostet.

Es rentieren sich heute nur noch **abgeschriebene alte Atomkraftwerke**, wo sich die Betreiber fragen lassen müssen, was dies noch mit verantwortungsvollen Wirtschaften zu tun hat.

Außerdem müssen sich die Staaten mit Atomkraft neben der ungelösten Endlagerung, fragen, wie lange sie noch ihr Uran aus Russland, Niger und Mali beziehen können und wollen.

Abschließend möchte ich ihre Aufmerksamkeit auf ein entscheidendes Element lenken, das über den Rahmen meiner bisherigen Analyse hinausgeht, aber für die demokratische Zukunft Europas von zentraler Bedeutung ist.

Eine der derzeit größten Bedrohungen für unsere und unsere Widerstandsfähigkeit ist die Desinformation.

Demokratische Staaten sind derzeit Angriffen von Fake News ausgesetzt, die von autokratischen Staaten und deren Anhängern in der ganzen Welt in Kampagnenform massiv verbreitet werden.

Falsche oder verzerrte Informationen werden absichtlich eingesetzt und verbreitet, um die öffentliche Debatte zu manipulieren und Demokratien zu destabilisieren.

Desinformation stellt eine erhebliche Gefahr für den sozialen Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften dar, da sie das Vertrauen untergräbt, die Spaltung



fördert und die Fähigkeit einer Gesellschaft schwächt, wirksam auf Herausforderungen zu reagieren.

Die Wahlen in Italien, Schweden, Slowakei, wie auch viele andere Fälle weltweit, zeigen, wie Desinformationen die Stabilität von funktionierenden Demokratien beeinträchtigen können.

Diese Bedrohung muss sehr ernst genommen werden, insbesondere auch im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen im 2024.

Die Frage nach der Widerstandsfähigkeit Europas ist eng mit der Frage verknüpft, wie es uns gelingen wird, unsere Demokratien vor Desinformationen zu schützen.

Lassen Sie uns daher gemeinsam vor allem auch an mehr Resilienz in allen demokratisch geführten Ländern bei allen Themen für unsere gemeinsame Zukunft mit Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen arbeiten.